



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion: Legionellen im AKW-Leibstadt - Mangelhafte Information/Aufsicht durch das ENSI**

Autor/in: [Klaus Kirchmayr](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 8. September 2011

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Am 11. November 2010 wurden im Kühlkreislauf des AKW Leibstadt hohe Konzentration gefährlicher Legionellen-Bakterien festgestellt. Es dauerte bis zum 28. Juni 2011 bis eine Desinfizierung der offen im Becken unter dem Kühlturm lagernden kontaminierten Flüssigkeit in Angriff genommen wurde.

Die Entgiftung erfolgte mit 14 Tonnen 13-prozentigem Javelwasser und 2.8 Tonnen einer 75-prozentigen Lösung des hochwirksamen Biozids THPS. Anschliessend wurden die entstandenen Giftstoffe durch Zugabe weiterer Chemikalien (u.a. Wasserstoffperoxid) in weniger giftige Stoffe umgewandelt und in der Folge in den Rhein abgelassen.

Die lokale Öffentlichkeit wurde durch das AKW Leibstadt erst am Vortag der Entgiftungsaktion informiert. Eine Information der rheinabwärts gelegenen Behörden und Wasserwerke fand gemäss Presseberichten offenbar nicht statt.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum dauerte es mehr als 7 Monate von der Entdeckung bis zur Entgiftung, obwohl das Bundesamt für Gesundheit eine Dekontamination als dringend erachtet hat?
2. Welchen gesundheitlichen Risiken war die rheinabwärts gelegene Bevölkerung in dieser Zeit durch die kontinuierliche Freisetzung gefährlicher Legionellen-Bakterien ausgesetzt?
3. War die Hardwasser AG, welche ihr Wasser aus dem Rhein bezieht, über die zu erwartende Giffracht vorinformiert? Haben sich für die Hardwasser AG und ihre Kunden aus dem Vorfall betriebliche Konsequenzen ergeben?
4. Wurden durch die zuständigen Aufsichtsbehörden die weiter rheinabwärts gelegenen ausländischen Behörden und Wasserwerke über das etablierte Instrument des "Rheinalarms" über die als Folge der Entgiftungsaktion zu erwartende Giffracht informiert? Falls nicht, warum nicht und wer trägt dafür die Verantwortung?
5. Wie beurteilt die Regierung das Verhalten der für die Atomaufsicht zuständigen Behörde ENSI in diesem Fall? Ist die Regierung bereit, bei der dem ENSI übergeordneten Bundesstelle zu intervenieren und für die Zukunft auf einem schnellen Handeln und einer frühzeitigen Information der Betroffenen zu bestehen?